

Thüringens Kliniken in Gefahr: Landeskrankenhausgesellschaft fordert Maßnahmen

Die LKHG fordert politischen Handlungsbedarf in Thüringen, nachdem Klinikinsolvenzen drohen. Finanzierungsprobleme müssen angegangen werden.

Erfurt. Die kritische Situation Thüringens Kliniken bleibt ein zentrales Thema, das die Politik dringend adressieren muss. Ein jüngster Aufruf der Landeskrankenhausgesellschaft legt den Finger in die Wunde und fordert sofortige Maßnahmen.

Signal aus der Kliniklandschaft

Die Schließung des Schleizer Krankenhauses aufgrund von Insolvenz hat nicht nur die betroffenen Mitarbeiter und Patienten verunsichert, sondern auch erneut das ganze System der Krankenhausfinanzierung in Thüringen auf den Prüfstand gestellt. Rainer Poniewaß, Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen (LKHG), fordert von den Landtagsfraktionen eine schrittweise Erhöhung der Investitionsmittel auf 50 Millionen Euro. Diese Forderung fand bereits Gehör innerhalb der CDU-Landtagsfraktion und wurde in der letzten Sitzung des Thüringer Gesundheitsausschusses erörtert.

Langfristige Probleme und ihre Folgen

Vor der aktuellen Situation wurde von verschiedenen Akteuren in der Gesundheitsversorgung immer wieder vor Insolvenzen

gewarnt. Gundula Werner, Vorstandsvorsitzende der LKHG, stellt klar, dass die nun eingetretenen Klinikinsolvenzen nicht überraschend sind. Sie nennt als Ursache die über Jahre unzureichende Finanzierungsbasis der Kliniken in Thüringen. Das jüngste Beispiel zeigt, dass die Probleme nicht nur lokal, sondern in allen Versorgungsstufen und Regionen zunehmend ernsthafte Dimensionen annehmen.

Reformbedarf und Reaktion der Träger

Eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung scheint unumgänglich, doch die Trägerschaft zeigt sich gesprächsbereit unter der Bedingung, dass die Finanzierung der Betriebskosten durch den Bund angemessen gestaltet wird. Laut Werner ist dies eine entscheidende Voraussetzung für eine zukunftsfähige und handlungsfähige Kliniklandschaft in Thüringen. Die Untätigkeit der politischen Akteure, bedingt durch den zeitlichen Abstand der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses nach den Landtagswahlen, wird als nicht nachvollziehbar empfunden.

Fazit: Handeln ist gefragt

Die Situation der Thüringer Krankenhäuser erfordert ein sofortiges Handeln der politischen Parteien. In Anbetracht der alarmierenden Entwicklungen ist eine solide finanzielle Grundlage für die Kliniken essentiell, um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung langfristig sichern zu können. Der Aufruf der LKHG richtet sich an die Verantwortlichen, um die dringend benötigte Unterstützung für die Kliniken zu mobilisieren.

elv

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de